

schiedenen anderen zuständigen Politikern auch der stellvertretende Außenminister Dai Bingguo sprach. China begrüße die Roadmap und rufe alle Betroffenen auf, mit den vier Initiatoren der Roadmap (USA, Russland, UN und EU) zusammenzuarbeiten; es hoffe, dass die UN und vor allem auch der Sicherheitsrat eine positive und konstruktive Rolle im Friedensprozess spielen werden; und schließlich bewerte es auch die Genfer Initiative sehr hoch. Die Roadmap habe eine neue Sicht auf Lösung des palästinensisch-israelischen Problems eröffnet und Genf habe die Hoffnung auf den Frieden verstärkt (XNA, 16., 17.12.03). In Genf hatten sich Mitglieder aus Nichtregierungsorganisationen aus Israel und Palästina getroffen und am 1.12. Vorschläge für einen möglichen Friedensschluss veröffentlicht, die u.a. geteilte Souveränität über Jerusalem und Israels Rückzug aus den meisten Siedlungen vorsehen.

Während seitens Chinas einerseits die chinesisch-israelische Freundschaft betont wurde, machte die Regierung zugleich deutlich, dass sie die Palästinenser in ihrem Kampf für die Wiederherstellung ihrer legitimen nationalen Rechte unterstützt, einschließlich der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates (XNA, 17.12.03). Zur Durchsetzung dieser Rechte präferiert China allerdings eindeutig einen Verhandlungsprozess; israelische Raketenangriffe im Gazastreifen am 25.12. wurden daher auch entschieden verurteilt (XNA, 18., 26.12.03). Die Haltung Chinas fasste Dai auf dem UN Asien Treffen in einem Drei-Punkte-Vorschlag zusammen (XNA, 16.12.03): Die UN müssten eine ihr angemessene Rolle spielen, die internationale Vermittlung müsse unparteiisch und gerecht erfolgen und die Rolle der Zivilgesellschaft müsse vollständig zum Tragen kommen.

Bei dem Besuch Katsavs ging es allerdings nicht nur um den Frieden im Mittleren Osten, sondern vor allem um die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Hauptgrund seines Besuches sei die Ausweitung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet, erklärte der israelische Präsident (XNA, 13.12.03). Hu Jintao machte im Gespräch mit ihm einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Beziehungen,

der u.a. beinhaltet: Aufrechterhaltung der Kontakte auf höchster Ebene und Fortsetzung des politischen Dialogs, Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, Förderung der Kooperation auf wissenschaftlichem, kulturellem und dem Bildungssektor und der damit verbundenen nicht offiziellen Kontakte (XNA, 18.12.03). Auffällig war, dass in keinem der Berichte über die verschiedenen Treffen die Rede davon war, dass man über die Probleme in der Taiwan-Straße gesprochen hat – obwohl diese bei allen anderen außenpolitischen Treffen der Chinesen im Dezember Thema waren. -gs-

Innenpolitik

7 Vorschläge für Verfassungsänderungen zur Verabschiedung auf der NVK-Frühjahrs-sitzung vorgelegt

Das Zentralkomitee (ZK) der KPCh hat dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) auf dessen Sitzung Ende Dezember Empfehlungen für Verfassungsänderungen vorgelegt, deren genauer Wortlaut in der staatlichen Presse verbreitet wurde. Der Ständige Ausschuss des NVK billigte die Vorlage der Vorschläge für die Verfassungsänderungen zur Verabschiedung auf der 2. Plenartagung des X. NVK, deren Beginn auf den 5. März 2004 festgelegt wurde. Das Vorhaben einer Verfassungsänderung bewegt sich damit durchaus im ursprünglich anvisierten Zeitrahmen. Ein inoffizieller Stopp öffentlicher Debatten zu diesem Thema, der im August 2003 verhängt worden war (vgl. C.a., 2003/8, Ü 7), scheint die interne Befassung somit nicht wesentlich verzögert zu haben.

Die wichtigsten Änderungsvorschläge gehen inhaltlich auf den XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 zurück (vgl. C.a., 2002/12, S.1402-1412). Unmittelbar nach der vollständigen Einsetzung der neuen Partei- und Regierungsführung im März 2003 war auf Initiative von Partei- und Staatsoberhaupt Hu Jintao eine Führungsgruppe zur Vorbereitung von Verfassungsänderungen ins Leben gerufen worden

(vgl. C.a., 2003/6, Ü 11). In sechsmonatiger Arbeit hat dieses Gremium, das unter der Leitung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh steht, konkrete Vorschläge für verschiedene Änderungen am Verfassungstext der VR China formuliert, die nun dem NVK offiziell zur Diskussion und abschließenden Abstimmung vorgelegt wurden.

An vorderster Stelle steht eine Änderung der Präambel, in die künftig Jiang Zemins Vermächtnis der „Dreifachen Repräsentation“ (*sange daibiao*) aufgenommen werden soll. Diese Formel („Die KPCh vertritt die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur und die grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes“; vgl. dazu inhaltlich C.a., 2002/12, S.1402-1412), die das Programm des XVI. Parteitags im Herbst 2002 dominiert hatte, soll fortan als ideologische Richtschnur parteipolitischen Handelns dienen. Aufnahme soll hier außerdem die Formel einer „koordinierten Entwicklung von materieller, politischer und geistiger Zivilisation“ finden, die ebenfalls auf den im letzten Jahr als KPCh-Generalsekretär ausgeschiedenen Jiang Zemin zurückgeht. Durch die Bezeichnung als „wichtige Idee“ wird der kanonische Charakter der „Dreifachen Repräsentation“ neben den „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ bestätigt, auch wenn Jiang Zemins Name keine explizite Erwähnung findet.

Die stärkste Resonanz in der internationalen Medienberichterstattung fanden Vorschläge zum Schutz privaten Eigentums. So soll Artikel 13 der Verfassung künftig lauten: „Rechtmäßig erworbenes Privateigentum der Bürger ist unantastbar. Der Staat schützt das Recht der Bürger, Privateigentum gemäß der gesetzlichen Bestimmungen zu besitzen und zu erben.“ Mit dieser Formulierung wird privates erstmals mit öffentlichem Eigentum gleichgesetzt, das in Artikel 12 als „geheilig und unantastbar“ dem Schutz des Staates unterstellt ist. Dass diese Änderung vor allem auf den Schutz unternehmerischen Privateigentums gemünzt ist, macht eine weitere Änderung von Artikel 11 der Verfassung deutlich. Danach soll die „nichtöffentli-

che Wirtschaft“ (*fei gongyouzhi jingji*, ein Oberbegriff für alle nicht in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen) künftig eine aktive „Ermutigung und Unterstützung“ von Seiten des Staates erfahren. Der explizite Schutz privaten Eigentums erfüllt eine langjährige Forderung von Wirtschaftsverbänden, die darin eine zentrale Voraussetzung für die Schaffung besserer ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für die weitere Entfaltung der Privatwirtschaft sahen (s. dazu ebenfalls C.a., 2003/12, S.1042-1412). Im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage steht außerdem ein Änderungsvorschlag zu Artikel 10, der im Fall einer Enteignung von Grund und Boden die Zahlung einer finanziellen Entschädigung durch den Staat vorsieht.

Weitere bedeutsame Änderungsvorschläge sind ein Zusatz zu Artikel 14, wonach der Staat für den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems verantwortlich ist, das „dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht“, sowie ein Zusatz zu Artikel 33, wonach der Staat „die Menschenrechte achtet und schützt“. Angesichts der notorischen Defizite auf diesen beiden Gebieten handelt es sich hier um bemerkenswerte Selbstverpflichtungen vor dem heimischen wie vor dem internationalen Publikum, deren Einhaltung damit freilich noch lange nicht gewährleistet ist.

Von potenziell großer Tragweite ist ferner eine Reihe von Änderungen, die den bisher in der Verfassung verwendeten Begriff des „Standrechts“ bzw. des „Ausnahmestands“ (*jieyan*) an allen relevanten Stellen durch den Begriff des „Notstands“ (*jinji zhuangtai*) ersetzen soll. Wie chinesische Juristen erläuterten, soll dadurch die Grundlage für die Verabschiedung eines künftigen Notstandsgesetzes geschaffen werden, das die Ausrufung eines Notstandes auch im Fall von Naturkatastrophen, Gesundheits-, Wirtschafts- oder anderen gesellschaftlichen Krisen regeln soll. Bislang war die Verhängung des „Ausnahmestands“ im Sinne eines Kriegsrechts auf schwer wiegende Unruhen oder Aufstände beschränkt, in denen die Stabilität und Einheit des Landes als gefährdet galt. Zugleich soll mit der Änderung das bisher vorrangig militärische Aktionspektrum des „Standrechts“ durch verschiedene administrative Notstands-

maßnahmen ersetzt bzw. um diese erweitert werden. Den unmittelbaren Anlass für diesen Änderungsvorschlag soll die SARS-Krise im ersten Halbjahr 2003 gegeben haben, deren Bewältigung durch den Mangel einheitlicher Notstandsregelungen erschwert worden sei. Ein Zusammenhang wird aber auch mit der Eventualität eines terroristischen Angriffs hergestellt, mit der sich die chinesische Führung offenbar seit dem September 2001 intensiv auseinandersetzt.

Zu erwähnen sind schließlich Änderungen des Artikels 81, wonach der Staatspräsident, der bislang vor allem protokollarische Zuständigkeiten hatte, sich zukünftig aktiv für Staatsangelegenheiten einsetzen sollte, sowie eine Änderung des Artikels 98, der die Amtszeiten von Volkskongress-Delegierten auf allen administrativen Ebenen, die bisher zeitlich variierten, einheitlich auf fünf Jahre festlegt.

Die Tatsache, dass die Vorschläge für die anvisierten Verfassungsänderungen bereits zweieinhalb Monate vor der entscheidenden NVK-Plenarsitzung im März 2004 in vollem Wortlaut in der Presse bekannt gemacht worden sind, spricht dafür, dass die Kontroversen weitgehend ausgeräumt sein dürften. Von einer Billigung der Verfassungsänderungen im nun vorgestellten Wortlaut, die eine Zweidrittelmehrheit der NVK-Delegierten voraussetzt, ist daher mit einiger Wahrscheinlichkeit auszugehen. (RMRB, 17., 23.12.03; XNA, 16., 22.12.03, 6.1.04; Xinhua, 22., 27.12.03, nach BBC PF, 24., 28.12.03; FT, 23.12.03; SZ, 22.12.03) -hol-

8 Feierlichkeiten zu Mao Zedongs 110. Geburtstag

Die chinesische Führung hat am 26. Dezember den 110. Geburtstag des Revolutionsführers und Staatsgründers Mao Zedong mit einem Staatsakt in der Großen Halle des Volkes begangen. Partei- und Staatschef Hu Jintao pries den am 9. September 1976 in Beijing verstorbenen Mao in einer Rede als großen Marxisten, herausragenden proletarischen Revolutionär, Strategen und Theoretiker. Er sei ein großer Patriot und nationaler Held des modernen China. Seine bedeutendsten Leistungen und Beiträge seien unter

anderem die erfolgreiche Bekämpfung von Imperialismus und Feudalismus sowie die Gründung der Volksrepublik China.

Nur mit wenigen Worten ging Hu in seiner langen Rede auf die Missetaten des Staatsgründers ein. Er sprach lediglich von „schweren Fehlern“ (*yanzhong cuowu*), die Mao Zedong in seinen späten Lebensjahren, insbesondere während der Kulturrevolution (offizielle Datierung 1966 bis 1976), begangen habe. Der Staats- und Parteichef schloss sich in diesem Zusammenhang den Worten Deng Xiaopings an, nach denen diese Fehler Maos „zweit-rangig“ seien, da sie von einem großen Revolutionär und Marxisten begangen wurden. Im Vordergrund stünden hingegen Maos historische Leistungen.

Unter Mao sollen nach Schätzungen 30 bis 50 Mio. Menschen durch politische Verfolgungen und politisch verschuldete Hungersnöte, wie etwa nach dem „Großen Sprung nach vorn“ Ende der fünfziger Jahre, ihr Leben verloren haben. Nach Maos Tod und dem Beginn der Reform- und Öffnungsperiode durch Deng Xiaoping wurde von offizieller Seite vor allem die „Große Proletarische Kulturrevolution“ verurteilt. Deng ließ im Zuge dessen alle Opfer rehabilitieren, verbot jedoch jede weiterführende Vergangenheitsbewältigung.

Auch die neue Führung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao scheint nicht an diesem innerparteilichen Konsens rütteln zu wollen. Im Gegenteil, sie stellt das Gedenken Maos, das im Zuge der Feierlichkeiten rund um den 110. Geburtstag des Staatsgründers schon fast „kultartige“ Züge angenommen hat, in den Dienst der aktuellen Politik. Die Erinnerungen an die Missetaten Maos scheinen dagegen langsam zu verblasen.

Bereits im Vorfeld des 26. Dezember wurde dem Staatsgründer landesweit durch zahlreiche Veranstaltungen wie Ausstellungen, Konzerte und Symposien gedacht. Bei Besuchen von Foto-Ausstellungen über Mao lobten Mitglieder der höchsten Führungsriege deren erzieherischen Werte und hoben die Opferbereitschaft Maos für das nationale Wohlergehen sowie dessen revolutionären Tugenden hervor.

Außerdem wurden rund um den Jubiläumstag verschiedene Filme und Fernsehproduktionen über Leben und Werk von Mao ausgestrahlt. Es erschienen 67 neue oder neu aufgelegte Bücher in Gedenken an den „Großen Vorsitzenden“, so auch die erste offizielle Mao-Biographie, die sein Leben von 1949 bis 1976 abdeckt. Erinnerungsbücher verschiedener Verwandter Maos unterstreichen, dass Mao allzeit an sein Volk gedacht und selbst ein einfaches und sparsames Leben geführt habe. Des Weiteren kamen in Gold gefasste Mao-Gedichte auf den Markt. Mao-Slogans wurden von Popgruppen zu zeitgemäßen Hip-Hop-Rhythmen gesungen, und auch die Post gab zu diesem feierlichen Anlass Sonderbriefmarken heraus. Verschiedene Zeitungen veranstalteten Aufsatzwettbewerbe zu Ehren des Staatsgründers. Im Geburtsort Mao Zedongs, dem Örtchen Shaoshan (Provinz Hunan), werden Touristen durch zahlreiche Aktivitäten angelockt.

Nach Ansicht von Experten beabsichtigt die Parteiführung mit den Feierlichkeiten den Geist des revolutionären Führers aufrechtzuerhalten, nationale Gefühle zu befördern und die Unterstützung für die Kommunistische Partei bei der Bevölkerung zu erhöhen. In der Rhetorik des Staats- und Parteichefs Hu Jintao hatte sich schon kurz nach seinem Amtsantritt deutlich gezeigt, dass er verstärkt auf die Wiederbelebung maoistischer Normen zu setzen scheint (vgl. C.a., 2003/3, S.313-324, hier S.322/323). So reiste Hu nach seinem Aufrücken an die Parteispitze Ende 2002 zur alten revolutionären Stätte Xibaipo (Provinz Hebei), wo Mao kurz vor seinem Einmarsch in Beijing 1949 die Parteikader dazu aufrief, den „Massen zu dienen“ sowie „hart zu arbeiten und einfach zu leben“. An diesem geschichtsträchtigen Ort erinnerte der neue Generalsekretär seine Parteigenossen an die Werte des Staatsgründers. Auch in den darauf folgenden Monaten ermahnte Hu Jintao die Parteifunktionäre zu verschiedenen Gelegenheiten, von den Lehren Maos zu lernen und sich um das „Wohlergehen der Massen“ zu kümmern (vgl. u.a. C.a., 2003/7, Ü 7). Auf einer Konferenz über Ideologie und Propaganda Anfang Dezember forderte Hu die Parteifunktionäre zudem auf, die führende Position des

Marxismus zu wahren und zu konsolidieren.

Diese Tendenz nach „links“ in Richtung auf maoistischen Konservatismus interpretieren Kommentatoren des Weiteren als Versuch der neuen Führung, soziales und politisches Gleichgewicht sowie Stabilität zu wahren. Zum einen passen die altbekannten Mao-Ideale wie soziale Gerechtigkeit und die Nähe zu den „Massen“ zu den Bemühungen der neuen parteistaatlichen Führung, sich verstärkt für die so genannten „benachteiligten Gruppen“ der Reform- und Öffnungsperiode einzusetzen. Aber auch im Kampf gegen die grassierende Korruption werden sie von der neuen Führung des Landes herangezogen. Denn nicht wenige sind der Ansicht, dass es zu Zeiten Maos wesentlich weniger Korruption und ein größeres Pflichtgefühl seitens der Kader gegeben habe – jedenfalls bis Mitte der sechziger Jahre. Die Bürokratie müsse heutzutage wieder zunehmend der „Aufsicht der Massen“ unterzogen werden, so Hu. Zum anderen hat nach Expertenmeinung das Wiederaufleben dieser Mao-Ideale für die neue Führung den Nebeneffekt, sich von der Theorie des ehemaligen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin, der „Dreifachen Repräsentation“, abzugrenzen.

Einige in- und ausländische Beobachter befürchten jedoch, dass das Wiederaufleben maoistischer Normen ein Hindernis für die Reformbemühungen der parteistaatlichen Führung darstellen könne. Ein pensionierter Parteikader äußert in diesem Zusammenhang, dass es keinen wirklichen Fortschritt hinsichtlich politischer Reformen geben könne, bis die Fehler der politischen Führer wie Mao Zedong und Deng Xiaoping offen in den Medien diskutiert werden dürfen. Das Beispiel der Sowjetreformer Michael Gorbatschow und Boris Jelzin zeige dies; denn ohne eine gründliche Entstalinsierung in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sei die Durchsetzung von Glasnost und Perestroika nicht möglich gewesen.

Während Mao Zedong auf dem Land vielerorts noch die „gute alte Zeit“ der fünfziger Jahre repräsentiert, scheint die Bedeutung des Staatsgründers in den Städten immer mehr abzunehmen. Dies zeigt auch eine Umfrage

der Internetausgabe der *China Daily*, die unter anderem nach Relevanz Maos für die heutige Gesellschaft fragt. Beispielsweise wird eine junge Frau mit den Worten zitiert, dass die Gedenkveranstaltungen und Publikationen keinerlei Bedeutung für sie hätten; auch eine andere Teilnehmerin der Umfrage ist der Meinung, dass Hinterlassenschaft und Erinnerungen an Mao langsam aus dem Bewusstsein der Nation verschwänden und für das tägliche Leben der Menschen bedeutungslos seien. (Xinhua, 8., 18., 19., 20., 26.12.03, nach BBC PF, 9., 20., 28., 29.12.03; RMRB, 9., 19., 26., 27.12.03; XNA, 10.12.03; SCMP, 22.12.03; CD online, 23.12.03; FAZ, 24., 30.12.03; *Der Standard*, 29.12.03; Willy Wo-Lap Lam, „China's leaders turn to Mao“ und „Maoist revival challenges reform efforts“, www.cnn.com, 18.11., 23.12.03) -bk-

9 Wahlen zu den lokalen Volkskongressen in Beijing: unabhängige Kandidaten erfolgreich

Bei den Wahlen der Abgeordneten für die Volkskongresse der 11 Stadtbezirke und 7 Kreise der Hauptstadt Anfang Dezember haben erstmals seit 1980 wieder unabhängige Kandidaten teilgenommen. Nach Angaben der chinesischen Medien handelt es sich um 23 Kandidaten, die sich ohne Nominierung durch die KPCh teilweise erfolgreich zur Wahl stellten.

Die Wahlen zu den Volkskongressen der Stadtbezirke werden alle fünf Jahre in den urbanen Zentren des Landes abgehalten. Hierbei diktieren im Regelfall die Parteigremien die Kandidatenlisten. Per Gesetz kann sich jedoch jeder für eine Kandidatur bewerben, der Unterstützung und Unterschriften von mindestens zehn Wählern erhält. Aus diesen Bewerbern suchen Wahlkomitees geeignete Kandidaten aus, deren Namen schließlich auf den Stimmzetteln erscheinen. In der Hauptstadt ist es 23 Jahre her, dass unabhängige Kandidaten bei den Wahlen zu den lokalen Volkskongressen zugelassen worden sind. 1980 hatte dies im Universitätsviertel von Beijing einen hitzigen politischen Wahlkampf zwischen Studenten ausgelöst, die teilweise die Gelegenheit nutzten,

die Macht der KPCh anzugreifen und weit reichende demokratische Reformen zu fordern. Letztendlich wurde den Siegern der Wahl, die derartig „radikale“ Ansichten vertraten, untersagt, ihre Sitze in den lokalen Volkskongressen einzunehmen. Seit diesen Ereignissen hatte es in Beijing keine unabhängigen Kandidaten mehr gegeben. Lediglich in anderen Landesteilen kamen in der Vergangenheit vereinzelt Fälle unabhängiger Kandidaturen vor. Beobachter sprechen allerdings davon, dass diese Bewerber oftmals durch lokale Funktionäre von ihrem Vorhaben abgebracht worden seien.

Diese Verhältnisse scheinen sich jetzt ein wenig aufzulockern. Bereits im Mai brachten die offiziellen Medien den Wahlen zu den lokalen Volkskongressen in Shenzhen besondere Aufmerksamkeit entgegen, aus denen ein unabhängiger Kandidat erfolgreich hervorgehen konnte (vgl. C.a., 2003/5, Ü 17). Auch bei den Wahlen in Beijing schienen die Behörden die Bewerbung unabhängiger Kandidaten zumindest zu tolerieren, wenn nicht gar zu begrüßen. Gemäß neu eingeführter Wahlvorschriften war es sogar das Ziel, dass „die Anzahl der Kandidaten, die von politischen Parteien und Organisationen nominiert werden, nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtanzahl überschreiten“. Dies bedeute, so Xinhua, dass mindestens 80 Prozent der Anwärter auf einen Delegierten-Sitz von zehn oder mehr Wählern vorgeschlagen werden sollen. Damit wolle man erreichen, dass die Delegierten sich tatsächlich für die Belange der Menschen einsetzen (XNA, 20.11., 10.12.03). Nichtsdestotrotz dürften in der Praxis hinter den meisten der etwa 50.000 vorgeschlagenen Anwärter auf eine Kandidatur in Beijing letztendlich immer noch Parteigremien gestanden haben. Aber es scheint auch eine beachtliche Anzahl von unabhängigen Bewerbern gegeben zu haben, von denen 23 Kandidaten der Selektion durch ein Wahlkomitee standhielten. Selbst das Sprachrohr der KPCh, die *Renmin Ribao* (*Volkszeitung*), bemerkte über die Teilnahme der unabhängigen Kandidaten, dass diese die Wahlen und die lokalen Volkskongresse „lebendiger“ machten. Insgesamt standen bei den Wahlen Anfang Dezember 6.750 Kandidaten für die 4.403 zu vergebenden Sitze der

lokalen Volkskongresse in Beijing zur Wahl.

Allerdings berichteten Hongkonger Medien, dass die Behörden den Bekanntheitsgrad der unabhängigen Kandidaten anscheinend möglichst gering halten wollten. Beispielsweise habe die Propagandaabteilung der KPCh die Medien der Hauptstadt im November dazu angehalten, nicht über die Kampagnen dieser Kandidaten zu berichten. Die Wahlkampagnen gestalteten sich insgesamt sehr schwierig, da jegliche Werbung wie Flugblätter und Wahlplakate verboten sind und die Kandidaten praktisch keinen Zugang zu den Medien hatten. Ein unabhängiger Kandidat gab zudem an, dass die Regierung ihn davon abgehalten habe, Spenden für seine Wahlkampagne zu sammeln.

Außerdem sollen sich viele der rund acht Millionen Wähler beklagt haben, nicht genau zu wissen, wofür die verschiedenen Kandidaten eigentlich stünden. Die *South China Morning Post* spricht sogar von einer „Wahl-Apathie“. Viele Menschen hätten kein Interesse an den Wahlen, da diese weitestgehend immer noch als „gewissenhaft kontrollierte Propagandaübung“ angesehen würden. Dieser fehlende Enthusiasmus schlage sich jedoch nicht auf die Wahlbeteiligung nieder, da viele Wähler dazu angehalten würden, ihre Stimme abzugeben. Insbesondere in Arbeitseinheiten und Universitäten seien die Namen der Wähler auf Listen abgehakt und fehlende Wähler später am Tag an ihr „demokratisches Recht“ erinnert worden. Die sehr hohe Wahlbeteiligung, die nach offiziellen Angaben bei über 95 Prozent liegt, unterstreicht diese Aussagen. Beteiligte Regierungsbeamte äußerten in diesem Zusammenhang, sie hätten lediglich sicherstellen wollen, dass die Wahl den „Willen des Volkes“ widerspiegeln.

Doch auch wenn der diesjährige Wahlprozess in Beijing nicht annähernd mit der Offenheit der Wahlen von 1980 zu vergleichen ist, so ist die Tatsache, dass unabhängige Kandidaten antreten und teilweise gewinnen konnten, als Schritt nach vorn zu bezeichnen. Experten konstatieren, dass der Wunsch von „Normalbürgern“, sich an der Politik zu beteiligen, wieder sichtbar an Bedeutung zunimmt – so wie

auch die Toleranz der Behörden gegenüber einem solchen Engagement. Zhou Hongling, Leiter einer Nicht-Regierungsorganisation, ist überzeugt, die Partizipation unabhängiger Kandidaten zeige, dass die Menschen mögliche Wege ausloten wollen, ihre Rechte als Bürger wahrzunehmen.

Ziel dieser Toleranz der Behörden gegenüber unabhängigen Kandidaturen ist sicherlich primär die Konsolidierung der Parteikontrolle über die lokale Bevölkerung – und keinesfalls eine zunehmende parlamentarisch-demokratische Öffnung. Der parteistaatlichen Führung kommt es hierbei auf das Moment der Integration von Parteimitgliedern und Parteilosern, von Funktionären und Nicht-Funktionären sowie von verschiedenen Schichten der Gesellschaft an. Dennoch erkennen Experten bei der chinesischen Führung durchaus Bemühungen, von den Wahlprozessen der „westlichen“ Länder zu lernen, um so Effizienz des Verwaltungssystems und *Governance* zu verbessern (vgl. C.a., 2003/10, S.1223-1240, hier S.1228).

Auch Li Fan, ein in den USA ausgebildeter Politikwissenschaftler, sieht in den Wahlen nicht ausschließlich eine Propagandaübung. „Egal wie viele [unabhängige Kandidaten] gewählt werden, es ist bedeutungsvoll.“ Er verweist auf die Direktwahlen, wie sie ansatzweise seit Mitte der achtziger Jahre auf der dörflichen Selbstverwaltungsebene und seit Ende der neunziger Jahre als Experiment vereinzelt auf Gemeindeebene sowie in städtischen Gebieten bei der Berufung der Nachbarschaftskomitees durchgeführt werden. Für Li deuten diese Wahlen eindeutig in Richtung auf Fortschritt – auch wenn es sich keinesfalls um demokratische Wahlen handele. Zudem seien die Einflussmöglichkeiten der lokalen Volkskongress-Abgeordneten letztendlich äußerst gering, da sie den lokalen Regierungen lediglich in einer beratenden Funktion zur Seite stehen. Nichtsdestotrotz werden sie gebraucht, um Bestimmungen zu verabschieden und Delegierte für die Volkskongresse auf höherer Ebene auszuwählen. Hierbei könnten unabhängige Abgeordnete die parteistaatliche Führung möglicherweise in Verlegenheit bringen, so Li.

Wie viele der unabhängigen Kandidaten letztendlich erfolgreich waren wurde bislang nicht bekannt gegeben. Unter ihnen sollen sich einige Studenten der Qinghua- und der Beijing-Universität sowie mehrere Juristen und Hausbesitzer befinden. Einer der erfolgreichen unabhängigen Kandidaten ist beispielsweise der Jurist Xu Zhiyong, Dozent an der Universität für Post und Telekommunikation in Beijing. Der 30-Jährige ist bekannt für sein aktives Eintreten für die Rechte von Wanderarbeitern und Privatunternehmern. Xu will sich auch in seiner neuen Funktion als Abgeordneter des Stadtbezirks Haidian weiterhin für soziale Belange engagieren. Auch Shu Kexin, der als Vorsitzender des Komitees für Hausbesitzer in Beijing Chinas neue Mittelklasse repräsentiert, hat sich als unabhängiger Kandidat zur Wahl stellen lassen. Shu hat in der Vergangenheit durch seinen Einsatz für die Rechte von Anwohnern in Eigentumsstreitigkeiten häufig Aufmerksamkeit erregt. Beobachter sehen insbesondere in Haus- und Eigentumsbesitzern wie Shu Kexin Vorboten für eine potenzielle neue Kraft in den chinesischen Städten. Immer mehr städtische Haushalte verfügen über eigene Wohnungen. Konsequenz ist, dass diese stetig anwachsende Gruppe verstärkt Mitspracherechte in Bezug auf Verkehrsmittel und andere Dienstleistungen einfordert, die ihre Eigentumswerte und Lebensbedingungen betreffen.

Erstmals durften auch in Beijing lebende Wanderarbeiter an den Wahlen teilnehmen. Voraussetzung für die Beantragung einer Wahlkarte für die insgesamt 2,5 Mio. betroffenen Migranten war der Nachweis über „feste Arbeit“ in der Hauptstadt. Zudem benötigten sie eine von den Behörden ihres Heimatortes ausgestellte Bescheinigung für ihre Wahlberechtigung. Xinhua berichtet, dass sich allein im Beijinger Stadtbezirk Xuanwu Tausende Wanderarbeiter für die Wahlen registriert hätten. Genaue Zahlen zur Beteiligung von Wanderarbeitern wurden jedoch nicht bekannt gegeben.

Dass die parteistaatliche Führung in absehbarer Zukunft auch Direktwahlen auf höheren Ebenen zulässt, ist nicht zu erwarten. Während seines Besuchs in den USA äußerte Minister-

präsident Wen Jiabao vor Studenten der Harvard University, dass die Bedingungen in China für solche Direktwahlen noch nicht reif seien. Als Gründe dafür nannte Wen die Größe des Landes, die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung und das niedrige Bildungsniveau der Bevölkerung. Die Entwicklung von Demokratie sei aber „Gegenstand der Anstrengungen“ der neuen Führung. Man sei bemüht, China zu einem wohlhabenden, demokratischen, modernen und zivilisierten Land zu machen. Es müsse ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialen und politischen Reformen sowie Stabilität – eine Aufgabe, die Wen als „wichtig und schwierig beschrieb“. Der Ministerpräsident versprach, dass die parteistaatliche Führung in Zukunft mehr auf die Meinung der Öffentlichkeit hören werde. „Wir sollten die Arbeit der Regierung von der Bevölkerung überwachen lassen und kritisch gegenüber der Leistung der Regierung sein“, sagte Wen. Außerdem ging der Ministerpräsident auf die Menschenrechtslage in China ein, die er als „nicht perfekt“ einstufte; dieses Problem werde von der Zentralregierung aber ernst genommen. Reform und Öffnung habe Bedingungen für die Verbesserung der Menschenrechte geschaffen, und dieser Fortschritt kurbele wiederum die Reformen an. Es sei nicht wahr, dass sich China nur um die wirtschaftliche Entwicklung kümmerge und dabei den Schutz der Menschenrechte vernachlässige. (*The Economist*, 13.11.03; XNA, 20., 26.11., 4., 8., 10.12.03; SCMP, 21.11., 4., 9., 11., 12.12.03; CD, 8., 17.12.03; IHT, 10.12.03; RMRB, 10.12.03; WSJ, 10., 13.12.03; *Sydney Morning Herald*, 13.12.03) -bk-

10 Freilassungen von Internet-Aktivisten und weitere Repressalien

Am 28. November wurde die bekannte Internet-Aktivistin Liu Di nach einem Jahr Untersuchungshaft auf Kaution freigelassen. Die Freilassung fiel zeitlich kurz vor den Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder in China und der Reise von Ministerpräsident Wen Jiabao in die USA (siehe entsprechende Übersichten in der Rubrik Außenpolitik). Zusammen mit Liu entlie-

ßen die Behörden zwei weitere „Cyber-Aktivisten“, den 34-jährigen Wu Yiran sowie den 29-jährigen Li Yibin, aus der Haft.

Liu Di, eine 23 Jahre alte Psychologiestudentin der Shifan-Universität in Beijing, hatte unter dem Namen „Maus aus Edelstahl“ (*buxiugang laoshu*) satirische politische Artikel über die KPCh in Online-Diskussionsforen veröffentlicht. Auf der Webseite Xici Tribune soll Liu Di zudem mehrere Beiträge geschrieben haben, welche die restriktiven Maßnahmen der Regierung in Bezug auf das Internet kritisierten. Im Dezember 2001 schuf Liu ein eigenes Diskussionsforum, in dem sie unter anderem dazu aufforderte, „völlig frei zu leben und die Propaganda der chinesischen Regierung zu ignorieren“. Zudem soll sich die Studentin für den im Mai dieses Jahres wegen „Subversion der Staatsmacht“ zu fünf Jahren Haft verurteilten Computeringenieur Huang Qi eingesetzt haben. Huang hatte unter anderem die Webseite www.6-4tianwang.com ins Leben gerufen, um Menschen zu helfen, ihre nach den Ereignissen auf dem Tian'anmen-Platz im Juni 1989 verschollenen Angehörigen wieder zu finden (vgl. C.a., 2003/5, Ü 15).

Liu Di war am 7. November in Beijing festgenommen worden und saß seither in Untersuchungshaft. Anfang November dieses Jahres musste die Staatsanwaltschaft ihren Fall jedoch aus Mangel an Beweisen wieder an die ermittelnde Polizei abgeben. Der Fall der jungen Studentin hat im In- und Ausland für Protest und Sympathiekundgebungen gesorgt. Seit September 2003 wurden drei Petitionen für die Freilassung von Liu, deren Internet-Pseudonym „Maus aus Edelstahl“ inzwischen zum Synonym für Meinungsfreiheit im Internet geworden ist, gestartet. Im Zuge dessen sollen mindestens zwei weitere Internet-Aktivisten, die sich vehement für die Entlassung Liu Dis eingesetzt haben, festgenommen worden sein und sich bis heute in Haft befinden. Einer davon ist der 39-jährige Autor Du Dao-bin.

Die Freilassungen der drei Internet-Aktivisten werten Beobachter als positive Geste der parteistaatlichen Führung gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Frank Lu vom Hong-

konger Informationszentrum für Demokratie und Menschenrechte äußerte, dass die Führungsspitze in Beijing auf diese Weise dem Kanzlerbesuch und der Visite des chinesischen Regierungschefs Wen Jiabao in den USA „den Druck nehmen“ wolle. Auch die Bundesregierung hatte sich bei der chinesischen Regierung für die Freilassung von Liu Di und anderen Internet-Aktivisten eingesetzt.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen befinden sich in China zurzeit allerdings noch etwa 60 Personen in Haft, die kritische politische Artikel im Internet öffentlich gemacht haben. Allein im November sollen acht Internetnutzer zu Gefängnisstrafen von drei bis zu zehn Jahren verurteilt worden sein. Jüngster Fall ist nach Berichten des Hongkonger Informationszentrums die Verurteilung eines Finanzbeamten, der im Internet angebliche Korruptionsfälle im Regierungsapparat der Provinz Sichuan angeprangert hatte. Ein Gericht der Stadt Dazhou (Provinz Sichuan) verurteilte den 33-jährigen Li Zhi zu acht Jahren Haft wegen „Aufruf zu Subversion“.

Experten weisen darauf hin, dass die in ausländischen Medienberichten meist verwendete Bezeichnung „Dissident“ für Internet-Aktivisten in China oft nicht angemessen sei. Häufig handele es sich lediglich um normale Internetnutzer, Studenten oder junge Intellektuelle, die ihre Ansichten über die politischen und sozialen Zustände in China öffentlich machen. Bereits das Wort „Aktivist“ scheint einigen Beobachtern in vielen Fällen überzogen. So ist Frank Lu der Auffassung, dass die zahlreichen sozialen Probleme in China junge Leute veranlasse, sich im Internet zu äußern und auszutauschen. Es sei nicht allen unbedingt bewusst, dass sie dadurch die Staatsmacht herausforderten. Auch Liu Di könnte es nach Meinung einiger Kommentatoren so ergangen sein.

Es verwenden jedoch nur verhältnismäßig wenige der rund 70 Mio. Internetnutzer in China das Netz zur politischen Information oder etwa Kritik an der parteistaatlichen Führung des Landes. Der Großteil nutzt es für Spiele oder für den Austausch mit Freunden. Dies mindert jedoch nicht die Bemühungen der Regierung, die

im Internet veröffentlichten Ansichten und Meinungen zu kontrollieren und den Zugang zu Webseiten mit „heiklem“, politisch gefährlichem oder „unmoralischem“, Inhalt zu kontrollieren. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ schätzt, dass etwa 30.000 Menschen in einem gigantischen Kontroll- und Zensurapparat beschäftigt sind, die täglich die Chatrooms und Webseiten, auch ausländischer Nachrichtenagenturen und Suchmaschinen, überwachen. Untersuchungen der Organisation haben zudem ergeben, dass die Behörden ein hochentwickeltes Filtersystem verwenden, um Seiten mit Themen wie Falun Gong, Taiwans Bestrebungen nach Unabhängigkeit, dem Tian'anmen-Massaker und Menschenrechten auszuschließen (www.reporter-ohne-grenzen.de/cont_dateien/liudi.php).

Im letzten Jahr mussten sich die Betreiber von Internet-Cafés in China dazu verpflichten, eine Software zu installieren, die verbotene Inhalte blockiert. Ende Oktober wurde darüber hinaus bekannt, dass die chinesische Regierung plant, die nahezu 110.000 Internet-Cafés des Landes innerhalb von drei Jahren unter die Kontrolle weniger staatlich überwachter Unternehmen zu bringen. Auf diese Weise solle der Wirtschaftszweig standardisiert und reguliert werden, so Xinhua.

Bei seinem Besuch in China kritisierte Bundeskanzler Schröder in einer Rede vor Studenten der Sun Yat-sen University in Guangzhou die politische Verfolgung von Internetnutzern in China. Er betonte, dass das Land sein ehrgeiziges Ziel, schon bald größter Internetnutzer der Erde zu sein, nur durch die Freiheit der Anbieter und Nutzer erreichen könne. Das Netz müsse für In- und Ausländer gleichermaßen attraktiv sein, so Schröder weiter. Bereits am Anfang der Schröder-Reise hatten beide Länder ein neu vereinbartes Zwei-Jahres-Programm im Rahmen des „Rechtsstaatsdialogs“ unterzeichnet, das erstmals ein eigenes Kapitel zum Thema Menschenrechte vorsieht. Menschenrechtsorganisationen warnen jedoch vor zu hohen Erwartungen an diese bilateralen Gespräche. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 2.11.03, nach BBC PF, 5.11.03; *Frankfurter Rundschau*, 6.11.03; SCMP, 10.11., 4.12.03;

FAZ, 3.12.03; Xinhua, 8.12.03, nach BBC PF, 13.12.03; FT, 13./14.12.03; Reporters without Borders, „Charges dropped against young Internet-user Liu Di“, www.rsf.org/article.php3?id_article=8418, 26.12.03) -bk-

11 Ministerium für Öffentliche Sicherheit veröffentlicht Liste „terroristischer“ Gruppierungen

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat Mitte Dezember eine Liste „terroristischer“ Gruppierungen und Individuen veröffentlicht. Es handelt sich um die erste Liste dieser Art, die relativ umfängliche Darstellungen der angelasteten Tatbestände und organisatorischen Hintergründe enthält, ohne dass diesen allerdings eine klare Evidenz zu Grunde gelegt wäre. Die vier Organisationen und elf Individuen werden sämtlich der „ostturkestanischen“ Bewegung zugeordnet, deren Mitgliedern vorgeworfen wird, die von uigurischen Muslimen bevölkerte nordwestliche Autonome Region Xinjiang von der VR China abspalten zu wollen und dort einen islamischen Staat zu gründen.

- Angeführt wird die Liste des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit von der „Islamischen Bewegung Ostturkestan“ (engl. Eastern Turkestan Islamic Movement, ETIM; chin. *Dong Tujuesitan Yisilan Yundong*), die bereits im August 2002 – auf Drängen Chinas hin – von den USA in ihre Liste „terroristischer“ Organisationen aufgenommen worden war (C.a., 8/2002, Ü 5). Die ETIM soll 1993 gegründet und nach vorübergehender Auflösung 1997 von Hasan Mahsum und anderen uigurischen Aktivisten erneut ins Leben gerufen worden sein. Der Bewegung wird unter anderem vorgeworfen, seit 1998 in Afghanistan und anderen Standorten außerhalb Chinas Trainingslager zur Vorbereitung terroristischer Anschläge in Xinjiang errichtet und umfangreiche Waffenarsenale aufgebaut zu haben. Zu Bin Ladens Terroris-
musnetzwerk stehe die ETIM in einem „symbiotischen Verhält-

nis“; von Bin Laden und dem Taliban-Regime habe sie langjährige Unterstützung in Form finanzieller Mittel, personeller Ausbildung und Waffenlieferungen erhalten.

- An zweiter Stelle steht die „Befreiungsbewegung Ostturkestan“ (engl. Eastern Turkestan Liberation Organization, ETLO; chin. *Dong Tujuesitan Jiefang Zuzhi*). 1996 in Istanbul gegründet, soll sie seither in Xinjiang, Kirgistan und Kasachstan verschiedene terroristische Anschläge verantwortet haben sowie im Jahr 1997 auf der Seite tschetschenischer Widerstandskämpfer aktiv geworden sein. Mitglieder der Bewegung sollen seit 2001 große Mengen von Kleinwaffen und Munition auf chinesisches Territorium geschmuggelt haben. Die Bewegung finanziere sich vor allem durch bewaffnete Raubüberfälle, Drogen- und Waffenschmuggel und habe außerdem Unterstützung durch Bin Ladens Terrorismusnetzwerk und die Taliban in Afghanistan erhalten.
- Ebenfalls auf der Liste „terroristischer“ Gruppierungen steht der „Uigurische Weltjugendkongress“ (engl. World Uighur Youth Congress, WUYC; chin. *Shijie Weiwuer Qingnian Daibiao Dahui*), dessen konstituierende Sitzung im November 1996 in München stattgefunden hatte. Unter dem Dach des WUYC hätten sich verschiedene ostturkestanische Organisationen im Exil lebender Uiguren zusammengefunden, deren Ziel die Durchsetzung der Unabhängigkeit Ostturkestans auf dem Territorium Xinjiangs sei. Unter diesen vertrete die 1993 in der Türkei gegründete und später in die Schweiz verlagerte „Ostturkestanische Jugendliga“ (engl. Eastern Turkestan Youths League; chin. *Dong Tujuesitan Qingnian Lianmeng*) explizit den Standpunkt, dass das gesetzte Ziel auch durch Mittel des Untergrundkampfes zu realisieren sei. Der WUYC habe unter anderem Aktionspläne für Anschläge auf politische und

militärische Führungspersönlichkeiten sowie für bewaffnete Angriffe entlang der chinesischen Grenzen zu Indien, Tadschikistan und Afghanistan vorbereitet. Der Kongress agiere weltweit und unterhalte intensive Beziehungen zu zahlreichen anderen terroristischen Organisationen, von denen er teilweise auch finanzielle Unterstützung erhalte.

- Als letzte „terroristische“ Gruppierung wird das „Ostturkestanische Informationszentrum“ (engl. East Turkestan Information Centre, ETIC; chin. *Dong Tujuesitan Xinwen Xinxi Zhongxin*) genannt, das ebenfalls 1996 in München eingerichtet wurde. Den Gründern des Zentrums wird vorgeworfen, dass sie von ihrem Standort in Deutschland aus unter dem Deckmantel einer journalistischen Einrichtung und dem Schutz der Pressefreiheit separatistische Propaganda betrieben habe. Mittels des Internets würden sie Uiguren inner- und außerhalb Chinas zum gewaltsamen „Heiligen Krieg“ gegen Han-chinesische Bevölkerungsteile und deren öffentliche Infrastruktur aufhetzen; unter anderem kursierten dazu Anleitungen zur Fertigung von Kleinwaffen im Internet. Das Informationszentrum finanziere sich unter anderem durch Spenden uigurischer Geschäftsleute mit Sitz in der Türkei, Saudi Arabien und anderen Staaten.

Neben diesen vier Organisationen benennt die Liste elf individuelle „Terroristen“ aus dem ostturkestanischen Umfeld, von denen sich bereits drei auf Interpol-Fahndungslisten befinden. Zu diesen zählt der bereits erwähnte Hasan Mahsum, Anführer der Islamischen Bewegung Ostturkestan, der zuletzt in Südasiens aktiv gewesen sein soll. Laut einer Meldung in der chinesischen Presse wenige Tage später soll Mahsum bei einer gemeinsamen Militäroperation US-amerikanischer und pakistanischer Streitkräfte getötet worden sein. Die Nachricht, die weder Ort noch Zeitpunkt des Ereignisses benannte, wurde allerdings

nicht bestätigt. Ebenfalls von Interpol gesucht werden außerdem Dolgun Isa, ehemaliger Präsident des WUYC, der zuletzt in Deutschland aktiv gewesen sein soll, sowie Atahan Abuduhan, dem langjähriger Waffenschmuggel für terroristische Zwecke zur Last gelegt wird. In den restlichen acht Fällen der als „Terroristen“ beschuldigten Muhanmetemin Hazret, Abudujelili Kalakash, Abudukadir Yapuquan, Abudumijit Muhammatkelim, Abudula Kariaji, Abulimit Turxun, Huda-berdi Haxerbik und Yasen Muhammad forderte China die Einschaltung von Interpol.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den weit gespannten internationalen Verflechtungen der genannten „terroristischen“ Gruppierungen und Individuen. Entsprechend verband sich mit der Veröffentlichung der Liste während einer offiziell anberaumten Pressekonferenz am 15. Dezember der dringliche Appell an die internationale Staatengemeinschaft, die chinesische Regierung bei der Bekämpfung derselben zu unterstützen. So rief ein Sprecher des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit die internationalen Partner Chinas dazu auf, den betreffenden Organisationen „keinen Unterschlupf mehr zu bieten und ihre Konten einzufrieren“.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Liste legt außerdem nahe, dass die chinesische Seite damit Druck auf die USA auszuüben versuchten, die gegenwärtig Entscheidungen über den weiteren Verbleib der in Afghanistan festgesetzten und in Guantanamo Bay einsitzenden Häftlinge fällt. So weit bekannt, befinden sich unter diesen mehr als ein Dutzend Uiguren. Die chinesische Regierung fordert deren Auslieferung an die Volksrepublik.

An der Rhetorik der chinesischen Seite wird aber zugleich auch deutlich, dass der Anschluss an den „internationalen Kampf gegen den Terrorismus“ auch deshalb gesucht wird, um den eigenen Kampf gegen „Terrorismus, Separatismus und religiösen Extremismus“ in Xinjiang zu rechtfertigen. Wie der ministerielle Pressesprecher mehrfach betonte, dürften auf dem Feld der Terrorismusbekämpfung keine „doppelten Standards“ angewandt werden. Der Terrorismus sei der gemeinsame Feind der gesamten internationalen Gemein-

schaft, und es gehe nicht an, dass die Identifizierung terroristischer Kräfte einseitigen Standards unterliege. Hier entsteht erneut der Eindruck, dass die chinesische Regierung die allgemeine Bedrohung durch den Terrorismus für ihre eigenen Zwecke nutzt, um ihre Position in einem spezifischen und langjährigen strategischen Konflikt auf eigenem Territorium zu legitimieren. In diesem Sinne könnte man hier, zumal keine verlässliche Evidenz für die behaupteten „terroristischen“ Tatbestände vorgelegt wird, von einer Liste der von offizieller chinesischer Seite „bevorzugten Terroristen“ sprechen, deren Deckung mit entsprechenden internationalen Listen durch diplomatischen Druck erzwungen werden soll. Allem Anschein nach werden hier organisierte terroristische Gewaltakte mit nicht gewaltsamen Unabhängigkeitsbestrebungen oder auch anders motivierten gewalttätigen Auseinandersetzungen über einen Kamm geschoren. (XNA, 15.12.03; Xinhua, 15.12.03, nach BBC PF, 18.12.03; WSJ, 15.12.03; IHT, 15.12.03; SCMP, 16.12.03; FT, 24.12.03) -hol-

12 Schweres Giftgasunglück

Am 23. Dezember ist bei Bohrarbeiten auf dem staatlichen Gasfeld Chuandongbei im Bezirk Kaixian 340 Kilometer nordöstlich der Metropole Chongqing (Provinz Sichuan) nach einer Gasexplosion ein tödliches Gemisch von Schwefelwasserstoff und Erdgas entwichen und über insgesamt 28 Dörfer in der Umgebung gezogen. Nach offiziellen Angaben hat das Gas ein Gebiet von 25 Quadratkilometern in eine „Todeszone“ verwandelt. 243 Menschen starben, 10.000 erlitten teils schwere Vergiftungen. Mehr als 3.000 Stück Vieh verendeten. Über 60.000 Menschen sollen vor dem giftigen Gas geflohen sein oder sind evakuiert worden. Chinesische Medien sprechen von dem schwersten Arbeitsunglück in der Geschichte der Volksrepublik China.

Das Bohrloch konnte am 27. Dezember durch eine Spezialeinheit der Volksbefreiungsarmee mit etwa 480 Kubikmetern Schlamm zugeschüttet und damit der weitere Ausstoß des hochtoxischen Gases gestoppt werden. Helfer haben daraufhin mit der Desinfektion der betroffenen Dörfer be-

gonnen. Besorgt sind Experten vor allem angesichts der Verschmutzung der Böden und warnten die bereits Ende Dezember zurückkehrenden Bewohner kein Gemüse von ihren Feldern zu essen.

Inzwischen haben Untersuchungen der Unfallstelle ergeben, dass Fahrlässigkeit Ursache der Katastrophe ist. Arbeiter an dem Bohrloch sollen Sicherheitseinrichtungen abmontiert und die Gasmenge falsch eingeschätzt haben. Darüber hinaus habe die Mannschaft den Austritt der giftigen Gase zunächst nicht bemerkt und es versäumt, das austretende Gas anzuzünden, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Die Polizei in Chongqing nahm Anfang Januar drei Arbeiter der verantwortlichen China National Petroleum Corporation (CNPC) wegen Verstoß gegen Sicherheitsbestimmungen fest. Der Druck auf die Zentralregierung, eine Entlassung des Präsidenten der CNPC, Ma Fucui, und dessen für die Sicherheit zuständigen Stellvertreter, Ren Chuangjun, zu bewirken, wächst. Chinesische Medien klagen den Konzern an, die Arbeitssicherheit massiv vernachlässigt zu haben. Zudem seien die Menschen in der Nähe des Förderfeldes nicht über mögliche Gefahren aufgeklärt worden. Die Verantwortlichen hätten darüber hinaus zu langsam auf die Gasexplosion reagiert.

Hongkonger Quellen zufolge erwägt die parteistaatliche Führung, auch Regierungsvertreter der höchsten Ebene für die Katastrophe zur Rechenschaft zu ziehen. Diese in China in der Vergangenheit eher unübliche Praxis war bereits im Zuge der SARS-Krise (siehe C.a., 2003/4, Ü 10) sowie auch nach dem schweren Unterseeboot-Unglück im Frühjahr letzten Jahres angewendet worden (siehe C.a., 2003/5, Ü 18). So entließ die Zentrale Militärkommission einen Monat nach dem Unglück, bei dem alle 70 Besatzungsmitglieder ums Leben kamen, zwei hochrangige Führungsfunktionäre der Marine.

Wie eine Sprecherin der staatlichen China National Petroleum Corporation Anfang Januar bekannt gab, hat der Konzern mehr als 33 Mio. RMB (etwa 3,99 Mio. US\$) für die Opfer des Gasunglücks bereitgestellt. Fast alle der 3.755 betroffenen Familien sollen für ihre Eigentumsverluste bereits ent-

schädigt worden sein. Die Angehörigen der Toten erhielten nach offiziellen Angaben eine Summe von durchschnittlich 140.000 RMB pro Opfer ausbezahlt.

Unter den Toten befinden sich nur wenige Mitarbeiter des Gasfeldes. Die meisten Opfer sind Bauern. Vor allem Alte und Kinder, die sich oft nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnten, fielen dem Unglück zum Opfer. In dem abgelegenen Berggebiet leben nur noch wenige junge Leute, da die meisten von ihnen die Region längst auf der Suche nach Arbeit in den Städten verlassen haben. Behindert wurde die rechtzeitige Evakuierung der Bevölkerung zudem durch die schlechte Transport- und Kommunikationsinfrastruktur in der Region. Zudem habe eine unangemessene medizinische Versorgung der Betroffenen in den Krankenhäusern der Umgebung die Zahl der Todesopfer erhöht, so Beobachter. Das staatliche Büro für Arbeitssicherheit in Beijing forderte angesichts der Katastrophe die Errichtung eines nationalen Notfall- und Rettungssystems für große Industrieunfälle.

Jedes Jahr ereignen sich in China hunderte von Industrieunfällen, wobei insbesondere Kohleminen und Fabriken betroffen sind (vgl. C.a., 2003/9, Ü 8). Laut Xinhua starben letztes Jahr in den Monaten Januar bis Oktober mehr als 13.000 Menschen bei derartigen Unglücken. Auch Erdgasfelder gelten in China als unfallgefährdet, was – wie anscheinend bei der jüngsten Katastrophe – oft an Missachtung der Sicherheitsvorkehrungen durch die lokalen Betreiber liegt. So soll es häufig vorkommen, dass Sicherheitsinspektoren bestochen werden.

Unter Vorsitz von Ministerpräsident Wen Jiabao beschloss der Staatsrat am 31. Dezember die Entsendung von 18 Überwachungsteams zur landesweiten Kontrolle von Sicherheitsvorkehrungen. Die Teams, die Anfang Januar ihre Arbeit aufnahmen, sollen sich bei ihren Sicherheitschecks vor allem auf Kohleminen, chemische Industrie, Feuerwerksfabriken, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Transportwesen konzentrieren. (Xinhua, 27., 30., 31.12.03, 4., 8., 10., 11.1.04, nach BBC PF, 29., 31.12.03, 1., 6., 9., 11., 12.1.04; SZ, 27./28.12.03;

FAZ, 27., 29.12.03, 2.1.04; XNA, 3., 4.1.04; SCMP, 13.1.04, nach BBC PF, 14.1.04) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Neue Offensive zur Talentförderung

Seit Mitte der 1990er Jahre verfolgt die chinesische Regierung das Ziel, in verstärktem Maße akademisch gebildete Fachleute für das 21. Jahrhundert auszubilden. Partei und Regierung vertreten die Auffassung, dass gut ausgebildete Fachleute die wesentliche Triebkraft für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt darstellen. Ganz in diesem Sinne wurden kürzlich auf einer nationalen Tagung zu diesem Thema qualifizierte Fachleute (*rencai*) zur wichtigsten Ressource erklärt. Die Erschließung und Nutzbarmachung materieller Ressourcen, so heißt es in einem Kommentar der *Volkszeitung* (29.12.03), seien zwar die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung, aber die Entwicklung menschlicher Intelligenz und Fähigkeiten bestimmten Grad und Ausmaß der Erschließung materieller Ressourcen.

Der chinesische Ausdruck *rencai* bedeutet eigentlich „Talent“, „Begabung“ oder „talentiertere Person“ und steht heute allgemein für qualifiziertes Fachpersonal, und zwar i.d.R. akademisch gebildete Fachleute. *Rencai* bezeichnet nicht nur Wissenschaftler aller Fachrichtungen, sondern auch Praktiker mit Hochschulabschluss wie z.B. Manager, Unternehmensführer und Verwaltungsfachleute. Dem Kommentar zufolge können alle Menschen *rencai* haben oder werden, d.h. jedermann kann seine Begabung entfalten. *Rencai* beinhaltet sowohl moralische Qualitäten als auch Wissen, Fähigkeiten und Leistungen. Nicht Bildungsgang, Titel, Geld oder Herkunft machten für sich genommen *rencai* aus, vielmehr seien ein relativ hohes Bildungsniveau, Innovationsfähigkeit und reiche Erfahrungen, Fleiß beim Lernen und Pioniergeist ausschlaggebend. Damit sich diese Eigenschaften entfalten kön-

nen, müssten eine entsprechende gesellschaftliche Atmosphäre und entsprechende Lebensbedingungen herrschen, und für diese will der Staat sorgen. Vor allem müsse der Gedanke, dass der Mensch die Grundlage ist (*yiren weibei*), fest verwurzelt sein. Alle Kräfte – Arbeit, Wissen, Technik, Management und Kapital – seien zu bündeln, um für das Volk Wohlstand zu schaffen.

Die Arbeitstagung zum Thema Talentförderung wurde im Dezember von Partei und Regierung veranstaltet. Es handelte sich um die erste nationale Tagung dieser Art in China, was den Stellenwert verdeutlicht, den die neue Regierung der Ausbildung und Förderung qualifizierter Fachleute beimisst. Hauptredner auf der Tagung war Parteichef Hu Jintao, der die Leistungen und Erfahrungen der Partei bezüglich *Rencai*-Arbeit und die Notwendigkeit der Vertiefung dieser Arbeit herausstellte. Zugleich erhob er die Parole „Talente machen den Staat stark“ (*rencai qiang guo*) zur Strategie, d.h. der Staat verfolgt fortan die Strategie der gezielten Förderung von Begabungen, um das Kontingent qualifizierter Fachleute zu vergrößern und damit den Staat zu stärken, eine Strategie, die für das 21. Jahrhundert bestimmend sein soll. Ein Staat, so wird in einem Leitartikel der *Guangming-Zeitung* verkündet, kann nur erfolgreich sein, wenn er „Talente“ hervorbringt.

Die Strategie „Talente machen den Staat stark“ steht in engem Zusammenhang mit der im Jahre 1995 verkündeten Strategie „Wissenschaft und Bildung führen den Staat zur Blüte“ (*ke jiao xing guo*). Beide zielen auf eine Lern- und Wissensgesellschaft ab, doch die Erstere ist noch stärker auf Leistung orientiert. Die Umsetzung der Strategie „Talente machen den Staat stark“ wird als eine dringende langfristige Aufgabe bezeichnet. Sie wird weit reichende Folgen haben, und zwar nicht nur für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik, sondern möglicherweise auch für die Bevölkerungspolitik. In der Bildungspolitik kommt die Umsetzung der beiden Strategien in der Konzentration auf das Hochschulwesen zum Ausdruck. Namentlich die Projekte „211“ und „985“ (Auswahl und Ausbau von rund einhundert Universitäten des Landes

zu Eliteuniversitäten (vgl. dazu C.a., 2000/12, Ü 18 u. 2002/9, Ü 16) bzw. Ausbau einiger weniger dieser Institutionen zu Universitäten von Welt-rang) sind dazu angetan, Talente zu fördern und eine Elite in Wissenschaft und Technik, Management und Unternehmertum heranzubilden. Wissenschaftspolitisch gesehen, macht sich die Anwendung beider Strategien in der Einführung des Leistungsgedankens in die Forschung bemerkbar, insbesondere in dem Programm für die Innovation der Wissenschaft, in dessen Rahmen besonders leistungsstarke Forschungsinstitute gefördert werden (vgl. dazu C.a., 1999/11, Ü 17 u. 2000/6, Ü 22). Bevölkerungspolitisch könnte die Talentförderung zu einer Lockerung der Ein-Kind-Familie führen, wofür es bereits erste Anzeichen gibt, denn je größer das Reservoir ist, aus dem man schöpfen kann, desto mehr Talente werden entdeckt. Tatsächlich scheint in China ein Umdenken dahingehend einzusetzen, dass die hohe Bevölkerungszahl nicht mehr nur als Belastung empfunden wird, sondern im Gegenteil als Chance. In dem erwähnten Leitartikel und Kommentar wird beispielsweise argumentiert, langfristig werde China sich von einem Land mit großer Bevölkerung zu einem starken Land mit einem großen Reservoir an Talenten wandeln. Der Bevölkerungsdruck werde in Bezug auf Talente zum Vorteil gereichen.

Ein anschauliches Beispiel, wie die eher abstrakte Formel „Talente machen den Staat stark“ in die Praxis umgesetzt wird, liefert die Provinz Jiangsu. Dort hat die Provinzregierung die beiden Strategien umgemünzt in „Wissenschaft und Bildung bringen die Provinz zur Blüte“ und „Talente machen die Provinz stark“ und das „Projekt 333“ auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieses 1997 begründeten Zehnjahr-Projekts sollen für das 21. Jahrhundert wissenschaftliche und technische Nachwuchskräfte ausgebildet werden, und zwar nach folgendem Plan: 30 hervorragende Fachleute, die wissenschaftlich oder technologisch Weltspitze sind und international einen relativ hohen Bekanntheitsgrad haben; 300 hoch qualifizierte Fachleute, die in China in Wissenschaft und Technologie bedeutenden Einfluss haben; 3.000 wissenschaftlich-technische Führungskräfte,